

Schwerer Zwischenfall im Norden Afghanistans

Bundeswehr befiehlt Luftangriff – viele Tote

Deutscher Offizier fordert Kampfjets gegen Taliban an / Nato lässt prüfen, ob Zivilisten unter den Opfern sind

Von Peter Blechschmidt Berlin – Bei einem von der Bundeswehr befohlenen Luftangriff sind in der Nacht zum Freitag in Nord-Afghanistan mehr als 50 Menschen getötet worden. Nach Angaben der Bundeswehr handelte es sich um Aufständische, die zwei Tanklastwagen entführt hatten. Umstritten war zunächst, ob auch Unschuldige ums Leben kamen. Unklar war auch der Grund für das massive Vorgehen.

Die Ereignisse in der Nacht zum Freitag stellen selbst für die in den vergangenen Monaten sehr unruhige Provinz Kundus eine neue Dimension dar. Zum ersten Mal hatte ein von der Bundeswehr angeforderter Lufteinsatz so schwere Folgen. Politiker der Opposition forderten von der Bundesregierung schnelle und umfassende Aufklärung. Auch international wurde Besorgnis geäußert.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Berlin hatte eine Gruppe von 60 bis 70 Aufständischen in der Nacht zum Freitag an einer fingierten Straßensperre nahe Kundus die beiden Tankwagen einer privaten Transportfirma in ihre Gewalt gebracht. Wenig später blieben die Lastwagen auf einer Sandbank im Kundus-Fluss stecken, wo sie von Aufklärern der Bundeswehr ent-

deckt wurden. 40 Minuten nach der Entführung bombardierten zwei US-Kampfflugzeuge auf Anweisung des Bundeswehr-Kommandeurs von Kundus die Tankwagen und die um sie herum stehenden Aufständischen.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums hatte das Lagebild ergeben, dass der Angriff keine "Unbeteiligten" treffen würde. Falls Zivilisten in Gefahr gewesen wären, hätte der deutsche Kommandeur den Angriffsbefehl nicht geben dürfen und nicht gegeben, sagte ein Ministeriumssprecher. Warum der Bundeswehr-Oberst überhaupt den Befehl zur Bombardierung gab, wurde zunächst nicht begründet.

Im Gegensatz zur Darstellung in Berlin war in Berichten der Nachrichtenagenturen aus der Region von bis zu 200 zivilen Opfern die Rede. Der afghanische Präsident Hamid Karsai, Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen und der stellvertretende Leiter der UN-Mission in Kabul, Peter Galbraith, kündigten Untersuchungen des Vorfalls an. Angriffe auf Zivilisten seien "in jeder Form unannehmbar", sagte Karsai in Kabul. Rasmussen sagte in Brüssel, es sei noch unklar, ob es zivile Opfer gegeben habe. Galbraith forderte eine Prüfung, "warum ein Luftangriff in einer Situation ausge-

führt wurde, in der nicht mit Gewissheit entschieden werden konnte, ob Zivilpersonen beteiligt sind".

In Berlin erneuerte Links-Fraktionschef Oskar Lafontaine die Forderung nach einem raschen Abzug aus Afghanistan. FDP und Grüne verlangten eine umfassende Aufklärung. Der Grüne Winfried Nachtwei beklagte eine unzureichende Unterrichtung durch die Bundesregierung, die den Obleuten im Verteidigungsausschuss eine dürre 16-Zeilen-Mitteilung habe zukommen lassen. Die verteidigungspolitische Sprecherin der FDP, Birgit Homburger, kritisierte, dass nun wieder "völlig aufgeregt" diskutiert werde, ohne dass man überhaupt wisse, was genau geschehen sei. Sie habe "volles Vertrauen in die Soldaten vor Ort, die ihre Aufgabe verantwortungsvoll wahrnehmen", sagte Homburger der Süddeutschen Zeitung. Der Sprecher des Verteidigungsministeriums Christian Dienst beharrte am Freitag darauf, dass von einem "Krieg" in Afghanistan keine Rede sein könne. "Es handelt sich um einen Stabilisierungseinsatz, zugegeben um einen recht robusten Stabilisierungseinsatz, der Kampfhandlungen mit einschließt", sagte Dienst. (Seiten 2 und 4)